

FINANZBERICHT DES SCHATZMEISTERS

Bundesparteitag Berlin
27. bis 29. Juni 2025

INHALT

1. Seite 3–8
**Nach erfolgreicher Konsolidierung
bedarf es jetzt der Modernisierung
der Parteiorganisation in Krisenzeiten**

2. Seite 10–11
**Handeln statt hadern! Jetzt die
notwendigen Beschlüsse für ein
Gelingen der Neuaufstellung fassen**

3. Seite 12–21
Anhang

1. Nach erfolgreicher Konsolidierung bedarf es jetzt der Modernisierung der Parteiorganisation in Krisenzeiten

Liebe Genossinnen und Genossen,

bevor ich zurückblicke, möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus herzlich bedanken, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister auch in den vergangenen anderthalb Jahren unterstützt haben.

Ebenso danke ich der Schatzmeister*innen- und Kassierer*innen-Konferenz und der Finanzkommission, sowie den Mitgliedern der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, kollegiale vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Vor allem gilt mein Dank den ehrenamtlichen Kassierinnen und Kassierern, insbesondere in den Ortsvereinen und Unterbezirken für ihre so unschätzbare wichtige Arbeit vor Ort.

Verlässlichkeit im Wandel

Rückblickend auf die Zeit nach dem Bundesparteitag 2023 hat sich die vorher so nicht gekannte Dynamik in der Politik weiter fortgesetzt. Diese „Dynamisierung“ gesellschaftlicher und politischer Prozesse bestimmt mittlerweile in entscheidender Weise die Rahmenbedingungen für die finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD!

Deshalb sehe ich meine Aufgabe als Schatzmeister stärker als je zuvor darin, die SPD durch finanzielle Turbulenzen zu navigieren und auf stabilem Kurs zu halten. Mein Anspruch war und ist zu gestalten, kontinuierlich und verlässlich weiter daran mitzuwirken, dass wir auf der Höhe der Zeit bleiben.

Dazu gehörte in der Vergangenheit die Einführung einer Webkasse für die Kassierenden vor Ort, ein gemeinsamer Cash Pool als erfolgreiches Angebot für die Landesverbände und Bezirke (LV/BZ), ebenso den Strukturfonds als Finanzierungsinstrument für gemeinsame Investitionen im IT-Bereich zu etablieren und der Ausbau des Angebots an Dienstleistungen für die Partei seitens des Unternehmensbereichs.



Foto: Florn Grosse

Dietmar Nietan,
Schatzmeister der SPD

Als Kompass dient mir dabei neben einem effizienten Mitteleinsatz und der Steigerung von Einnahmen auch der 2023 beschlossene Organisationspolitische Leitantrag O1, der mit einem Mix aus gemeinsamen Standards, Reformprojekten und gemeinsamen Investitionsentscheidungen von Parteivorstand und LV/BZ alle Reformschritte beschreibt, die jetzt dringend notwendig sind, um unsere Kampagnenfähigkeit auf allen Ebenen wieder herzustellen.

Dank des seit 2018 eingeschlagenen Konsolidierungskurses, der Neuaufstellung des WBH und der Erhöhung der absoluten Obergrenze bei der Staatlichen Parteienfinanzierung hatte sich bis Ende 2024 die finanzielle Situation des Parteivorstandes stabilisiert.

Jedoch waren und sind wir bei der Sicherstellung der notwendigen Liquiditätsreserven noch nicht da, wo wir sein müssen, um genügend Mittel für die notwendigen Zukunftsinvestitionen in eine zeitgemäße und schlagkräftige Parteiorganisation stemmen zu können.

Die dramatische Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2025 führt darüber hinaus dazu, dass der SPD in den kommenden Jahren viele Millionen Euro Einnahmeverluste aus der Staatlichen Parteienfinanzierung bevorstehen.

Damit ist mittlerweile die Notwendigkeit, jetzt zügig ernsthafte Reformen voranzubringen und politische und organisationspolitische Prioritäten zu setzen, unübersehbar.

Finanzielle Disziplin weiter erforderlich

Der Parteivorstand hat im März 2024 einen Doppelhaushalt für die Jahre 2024/25 beschlossen. Zusätzlich kamen noch die Budgets für die Europawahl 2024 und die Bundestagswahl 2025 hinzu. Beide Wahlkampfbudgets waren wegen der Konsolidierungserfordernisse sehr eng gehalten. Doch obwohl die Budgets auf Kante genäht waren, sind sie – trotz inflationär bedingter Kostensteigerungen – eingehalten worden.

Die durch die vorgezogene Bundestagswahl besonders kurzen Zeitläufe machten noch einmal allen Beteiligten deutlich, wie dringend wir jetzt endlich eine technische und organisationspolitische Modernisierung brauchen. Viele dringende Reformprojekte mussten erst einmal gestoppt werden, weil uns die technischen, finanziellen und auch personellen Voraussetzungen dafür fehlten, viele große Projekte gleichzeitig voranzubringen.

So musste z.B. die Einführung der einheitlichen Finanzbuchhaltungssoftware beim Parteivorstand verschoben werden. Ebenso auch die Umsetzung der beschlossenen organisationspolitischen Maßnahmen gemäß dem organisationspolitischen Leitantrag O1.

Gerade aber die Einführung der einheitlichen Finanzbuchhaltungssoftware ist dringend notwendig, denn sie wird uns im Zusammenspiel mit den Landesverbänden und Bezirken vor allem bei einer professionellen Finanzwirtschaft auf allen Ebenen und bei einer vereinfachten Erstellung des Rechenschaftsberichts helfen. Die Einigung von Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken auf diesen gemeinsamen Weg im Jahr 2024 war und ist für mich ein wichtiger Meilenstein, um die Standardisierung voranzutreiben.

Wie oben bereits erwähnt, wird die verlorene Bundestagswahl zu deutlich weniger Einnahmen bei den staatlichen Mitteln führen. Entsprechend musste die Mittelfristige

Finanzplanung für das Jahr 2025 angepasst werden. Der neu zu wählende Parteivorstand wird dann im März 2026 einen Doppelhaushalt 2026/2027 auf den Weg bringen müssen, der die deutlichen Mindereinnahmen bei den Staatlichen Mitteln zu berücksichtigen hat.

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Deshalb wird mein Augenmerk in den kommenden Jahren darauf liegen, wie wir bis 2029 für die dann nacheinander stattfindende Europa- und Bundestagswahl genügend Rücklagen bilden können, aber auch gleichzeitig – trotz der Mindereinnahmen – weiter in die Kampagnenfähigkeit investieren.

Einnahmeentwicklung – Licht und Schatten

Die Einnahmen aus Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen sind weiterhin die wichtigste Einnahmequelle der gesamten Partei. Beim Parteivorstand verbleiben anteilig nur 15 Prozent der Mitgliedsbeiträge. Damit sind die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen die entscheidende Haupteinnahmequelle von Landesverbänden und Bezirken.

» Siehe Anhang 1: Grafik Beiträge 2023

Die wichtigste Einnahmequelle des Parteivorstandes sind wiederum die Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Sie gehen zu zwei Dritteln an den Parteivorstand und zu einem Drittel an die LV/BZ.

Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke haben aber letztlich ein gemeinsames großes Problem: Ihre jeweiligen Haupteinnahmequellen sinken!

Bei den staatlichen Mitteln spielen zum einen die Wahlergebnisse bei Landtagswahlen und Bundestagswahlen eine wichtige Rolle. Aber auch der Umstand, dass der Kuchen der staatlichen Mittel mittlerweile in einem Sieben-Parteien-System aufgeteilt werden muss, wirkt sich negativ auf die Einnahmen der SPD aus.

Bei den Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen gibt es ebenfalls ein strukturelles Problem, denn wir müssen davon ausgehen, dass wir in zehn Jahren möglicherweise nur noch halb so viele Parteimitglieder haben werden. Das hat etwas mit der gewachsenen demographischen Struktur unserer Mitgliedschaft zu tun. Schon heute sind 58 Pro-

zent der Mitglieder älter als 60 Jahre. Die größte Gruppe sind die 70 bis 79-jährigen mit 22 Prozent.

Hier sind Kampagnen zur Mitgliederwerbung, zur Mitgliederbindung, aber auch ein professionelles „Rückholmanagement“ bei Austritten sehr wichtig. Denn diese Aktivitäten können den langfristigen Trend einer sinkenden Mitgliedszahl verlangsamen. Vollständig stoppen oder umkehren wird sich der Trend aber nicht.

Wenn es in den nächsten Jahren nicht zu deutlich besseren Wahlergebnissen für die SPD kommt und in es in den kommenden Jahren nicht gelingt, weit über das bisherige Maß hinaus, tausende neuer Mitglieder für die SPD zu gewinnen, werden ab den 30er Jahren nicht nur die Bundespartei, sondern auch ein Landesverband und Bezirk nach dem anderen strukturell unterfinanziert sein.

Die Preissteigerungen im Bereich Kommunikation und Parteiorganisationen auf der einen und die hohen finanziellen Aufwendungen für die nicht mehr länger aufschiebbaren Investitionen auf der anderen Seite, verstärken diese Entwicklung zusätzlich.

Die jährliche indexierte Anpassung der Mitgliedsbeiträge hielt die Einnahmen (bis jetzt) stabil

Die jährliche Anpassung der Beiträge gemäß § 1 Abs. 7 der Finanzordnung (FO) erfolgte zum 01.01.2024 in Höhe von 3,7 Prozent. Anfang 2025 hat der Parteivorstand auf meinen Vorschlag eine auf 5 Prozent gedeckelte Anpassung beschlossen, denn statistisch hätte eine Erhöhung auf 8,5 Prozent erfolgen müssen. Die oben beschriebene, demographische Struktur der Mitglieder, wird aber weiter dazu führen, dass die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen – trotz der jährlichen indexierten Anpassungen – tendenziell zurückgehen werden.

Besonders hart trifft es die ostdeutschen Landesverbände. Damit sie trotz geringer Mitgliederzahl handlungsfähig bleiben, ist die solidarische Unterstützung wichtiger denn je. Mit dem Vorwegabzug in Höhe von 26 Cent von jedem Mitgliedsbeitrag finanzieren wir seit der Wiedervereinigung die Strukturhilfe. Im Berichtszeitraum 2023/2024

beliefen sich die weitergeleiteten Mittel auf insgesamt 2,3 Mio. Euro, wobei 1,2 Mio. Euro auf das Jahr 2023 und 1,1 Mio. Euro auf das Jahr 2024 entfielen.

Schon an diesem Beispiel der sinkenden Einnahmen aus dem Vorwegabzug wird deutlich, wie aufgrund der strukturell weiter sinkenden Mitgliedszahlen die finanzielle Basis der SPD erodiert.

Rekord bei Spendeneinnahmen Aktive Spendenwerbung in zugespitzten Zeiten zahlt sich aus

Seit 2020 entwickelt das Willy-Brandt-Haus kontinuierlich die Instrumente im Bereich Fundraising weiter. So konnte der Parteivorstand im Jahr der Bundestagswahl 2021 insgesamt Spenden in Höhe von über 2,4 Mio. Euro vereinnahmen.

Für das Jahr 2024 sah die Mittelfristige Finanzplanung Spendeneinnahmen in Höhe von 800.000 Euro vor. Unsere Erwartungen wurden weit übertroffen. Durch die vorgezogene Bundestagswahl begann der Wahlkampf unvermittelt ab dem 6. November 2024. Dank vielfältiger Spendenaktionen gelang es in den Monaten November und Dezember des Jahres 2024 in kurzer Zeit hohe Spendensummen zu akquirieren. Letztlich wurden im Jahr 2024 Spenden von deutlich über 2 Mio. Euro vereinnahmt.

Im Gegensatz zu anderen Parteien kann die SPD auf viele eher kleine Spenden vieler Menschen (meist ihre Mitglieder und treuen Unterstützer*innen) zählen und hängt nicht an wenigen hohen Spenden weniger reicher Menschen oder Unternehmen. Denn unsere Spender*innen sind in der Regel natürliche Personen und nicht Unternehmen.

Allerdings bedeutet die hohe Anzahl einzelner Spenden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses und der Office Consult viel Arbeit, weil innerhalb kurzer Zeit viele tausend einzelne Buchungen vorzunehmen und zu quittieren sind. Unsere Spenderinnen und Spender mussten sich daher gedulden.

Für das Jahr 2025 sah die Mittelfristige Finanzplanung aufgrund der Bundestagswahl ebenfalls deutlich höhere

Spendeneinnahmen in Höhe von 2,2 Mio. Euro vor. Obwohl in diesem Jahr durch die vorgezogene Bundestagswahl lediglich ganze sieben Wahlkampfwochen stattfanden, wurden bis Ende Februar 2025 bereits über 2 Mio. Euro Spenden vereinnahmt.

In Zeiten politischer Zuspitzung bieten sich in Wahlkämpfen immer wieder Kommunikationsanlässe, um hinsichtlich der Spendenwerbung bei Unterstützer*innen und Mitgliedern erfolgreich sein zu können. Dabei haben wir vor allem die Online-Aktivitäten im Vergleich zu den Vorjahren massiv ausgebaut, was auch die Zahl der versendeten E-Mailings zeigt. Insgesamt ist dadurch der Anteil der online eingeworbenen Spenden höher als je zuvor. Dies hat wesentlich zu den deutlich höheren Gesamteinnahmen beigetragen.

Sowohl hinsichtlich der Summe der Spendeneinnahmen als auch bei Anzahl der Spenden und deren Durchschnittshöhe waren die Monate November 2024 bis Februar 2025 die Zeitspanne mit der erfolgreichsten Online-Spendenwerbung des Parteivorstandes.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich noch einmal für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit bei Kevin Kühnert bedanken, der als Generalsekretär einen großen Anteil an der positiven Entwicklung bei den digitalen Spendenaktionen hatte.

Der klassische Spendenbrief bleibt aber trotz der großen Fortschritte beim Online-Spenden-Mailing unser erfolgreichstes Spendeninstrument. Er erreicht hohe Responsequoten, da immer noch viele Mitglieder durch E-Mailings nicht ansprechbar sind oder der Online-Spende skeptisch gegenüberstehen. Das zeigt sich sowohl in der hohen Anzahl der Spender*innen, als auch in deutlich höheren Durchschnittsspenden, die beim Spendenbrief erzielt werden.

Sowohl bei der Europawahl 2024 als auch bei der Bundestagswahl 2025 hat sich die Plakatspende als wertvolles, ergänzendes Element der Kommunikation erwiesen. So konnten jeweils mehrere Hundert kommerzielle Flächen zusätzlich genutzt werden. Im Vergleich mit den anderen Spendentools zeigt sich beim Plakatspendentool, dass hier die Bereitschaft zu höheren Spenden deutlich größer ist.

Insgesamt offenbart sich auch im Bundestagswahlkampf 2025 erneut: Unternehmensspenden an die SPD stammen häufig von Unternehmern oder Unternehmen, die oft in einem deutlich höheren Maße an die Unionsparteien oder auch an die FDP spenden. So muss man wohl nicht alle, aber viele dieser auch für uns teilweise hohen Spenden als „Alibi-Spenden“ verstehen.

Ein Novum war für uns auch eine von der deutschen Firma Media Force gestartete Parallelaktion zum Bundestagswahlkampf, die uns mit einem Wert von 1,5 Mio. Euro angezeigt wurde. Die neue Rechtslage im Parteiengesetz verpflichtet den Urheber der Parallelaktionen und die jeweils begünstigte Partei, auch diese Aktionen als Zuwendungen zu veröffentlichen, um damit in diesem Bereich ebenfalls Transparenz zu schaffen.

» Siehe Anhang 2: Spendeneinnahmen Parteivorstand

Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen beim Sponsoring für den Rechenschaftsbericht 2025

Beim vergangenen Bundesparteitag 2023 konnten wir das Niveau der Einnahmen aus Sponsoring vor der Coronapandemie wieder erreichen. Im Jahr 2024 fand auf Bundesebene kein Parteitag statt, was immer mit deutlich geringeren Sponsoringeinnahmen einhergeht als in Jahren mit Parteitagen. Im Hinblick auf sinkende Einnahmen bleibt es unser Ziel, mit Sponsoring einen Teil der stetig steigenden Kosten für Parteitage und Veranstaltungen abzufedern.

Mit der Reform des Parteiengesetzes ist Sponsoring ab dem Rechenschaftsjahr 2025 in einem gliederungsübergreifenden Sponsoringbericht ab einem Bruttobetrag von über 750 Euro im Einzelfall zu veröffentlichen. Darauf sind wir gut vorbereitet, denn auf Bundes- und Landesebene veröffentlicht die SPD freiwillig, gemäß unserer Verhaltensrichtlinien schon seit 2017 detailliert ihre Sponsoringeinnahmen.

Für nachgeordnete Gliederungen, wie Ortsvereine oder Unterbezirke, ist die Erfassung eine neue Herausforderung, sofern dort überhaupt um Sponsoring geworben wird. Da jedoch u.a. auch Anzeigen in Publikationen der

Partei vor Ort darunterfallen, führt dies vereinzelt dann doch zu Ausweispflichten, denen die Partei dann auch nachkommen muss.

Für die Kategorie Sponsoring ist deshalb eigens für die Webkasse ein neues Modul entwickelt worden, um die Erfassung dieser Einnahmen ab dem Rechenschaftsjahr 2025 bei den nachgeordneten Gliederungen zu ermöglichen.

Nicht nur an diesem Beispiel zeigt sich, dass jede Änderung des Parteiengesetzes neben Schulungsbedarf bei den Finanzverantwortlichen auch teils erheblich „Umsetzungskosten“ nach sich zieht.

Trotz der gesetzlichen Veröffentlichungspflicht im Rechenschaftsbericht halten wir als SPD an der zeitnahen Veröffentlichung unserer Sponsoringeinnahmen auf unseren Websites im Sinne der gültigen Verhaltensregeln fest.

» Siehe Anhang 3: Übersicht Sponsoringeinnahmen

Erhöhung der Staatlichen Mittel: ein gemeinsamer Erfolg der demokratischen Parteien auf Initiative der SPD

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die 2018 von der damaligen großen Koalition im Eilverfahren im Bundestag durchgepeitschten Reform des Parteiengesetzes zur Erhöhung der absoluten Obergrenze für verfassungswidrig erklärt hatte, drohten der SPD und anderen Parteien Rückzahlungen in Millionenhöhe.

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus den demokratischen Parteien (CDU, CSU, FDP, Grüne und Die Linke) habe ich mich von Anfang an als Schatzmeister der SPD mit voller Kraft dafür eingesetzt, die in 2018 verpatzte Reform in einem zweiten Anlauf zu reparieren.

Die Erhöhung der absoluten Obergrenze mit einer sachgerechten und verfassungskonformen Reform des Parteiengesetzes konnte dann endlich im Dezember 2023 im Bundestag auf den Weg gebracht werden.

Für diese Reform gab es in der Fachwelt sehr viel Lob. Und ich bin sehr stolz darauf, dass die Kolleg*innen der Schatzmeisterei der SPD gemeinsam mit der Bundesge-

schaftsführerin und mir einen großen Anteil an diesem parlamentarischen und fachlichen Erfolg gehabt haben.

So sorgte diese erfolgreiche Reform des Parteiengesetz – trotz Rückzahlungen von Staatlichen Mitteln an die Bundestagsverwaltung – letztlich für Mehreinnahmen bei der SPD, die durch den parteiinternen Finanzausgleich sowohl dem Parteivorstand als auch den Landesverbänden und Bezirken zugutekamen.

Die Stimmenverluste bei der Bundestagswahl 2025 wirken sich jedoch in den kommenden vier Jahren für die SPD finanziell sehr negativ aus. Außerdem gibt es mehr Parteien als in der Vergangenheit, die Anspruch auf Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung haben, sodass die staatlichen Teilfinanzierung, die durch die absolute Obergrenze gedeckelt ist, für uns als SPD insgesamt geringer ausfallen wird, selbst wenn wir bei Wählerstimmen und Zuwendungen relativ stabil bleiben sollten.

» Siehe Anhang 4 Parteiinterner Finanzausgleich

Gute Entwicklung im SPD-Immobilienbereich

Die Neuaufstellung der Konzentration GmbH entwickelt sich weiter zu einer Erfolgsstory: Nachdem sie lange rote Zahlen schrieb, kann die Konzentration nach einem von der Geschäftsführung und dem Schatzmeister gemeinsam auf den Weg gebrachten Sanierungs- und Neuaufstellungsprozess – trotz gestiegener Zinsen und Baukosten – mittlerweile steigende Ausschüttungen an den Betriebshaushalt des Parteivorstandes erwirtschaften.

» siehe Anhang: „Der Immobilienbereich: Konzentration GmbH, Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH“

Die ddvg als Motor für die Digitalisierung regionaler Tageszeitungen

In den 162 Jahren ihres Bestehens war die SPD immer wieder Repressalien ausgesetzt. Deshalb musste sie über den „Arbeitergroschen“ ihre eigene Infrastruktur mit Parteihäusern, Druckereien und Zeitungen solidarisch finanzieren. So wuchs über Generationen hinweg ein eigener Unternehmensbereich, der Verfolgung und Kriege über-

dauerte und von dem wir finanziell in Form von Ausschüttungen profitieren, aber auch von den Dienstleistungen.

Und so leisten die in der ddvg gebündelten Medienbeteiligungen seit vielen Jahren einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei und unterstützen die Partei auch durch eigene Unternehmen in einigen für die Parteiorganisation wichtigen Dienstleistungsbereichen.

Da die SPD in der digitalen Demokratie nur mit einer modernen Parteiorganisation und hochprofessionellen politischen Kampagnen bestehen kann, ist die effektive Nutzung des parteieigenen Dienstleistungsunternehmensbereichs essenziell. Mit der Etablierung der Dachmarke „Deine Dienstleistungen“ wollen wir diese Dienstleistungen für die Parteigliederungen besser aufstellen.

Natürlich haben die Corona Pandemie und insbesondere der Angriffskrieg Russlands den Druck auf die Erträge der Regionalverlage erheblich erhöht. Umso wichtiger ist die Rolle der ddvg als Innovationstreiberin, wenn es um die Digitalisierung der regionalen Tageszeitungen geht. Denn am Ende werden nur die regionalen Tageszeitungen überleben, die mit digitalen Produkten die notwendigen Erträge erwirtschaften können.

» Siehe Anhang: „ddvg“

Der SPD-Unternehmensbereich als unverzichtbarer Dienstleister der SPD-Familie

Als Treuhänder des SPD-Unternehmensbereichs fördere ich – aus den im vorhergehenden Kapitel genannten Gründen – die qualitative Verbesserung des Angebots der SPD-eigenen Unternehmen in den Bereichen Social Media, Podcast, Print, Give Aways, Eventmanagement, EDV und Buchhaltung.

Mit Nutzer*innen Befragungen und kontinuierlichen Auswertungen unserer Performance in Wahlkampagnen arbeiten wir stetig daran, unsere Angebote optimal auf die konkreten Bedürfnisse der Mitglieder und der Gliederungen vor Ort auszurichten. Am Ende müssen sich aber die Investitionen in die Produkte und Dienstleistungen von ASK, IMAGE, Office Consult, Vorwärts und Reiseservice auch betriebswirtschaftlich rechnen.

Deshalb werde ich gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden gemäß den Vorgaben des im Jahr 2023 beschlossenen Leitantrages O1 ein Konzept entwickeln, welches die optimierte Nutzung des SPD-eigenen Unternehmensbereiches zur Entwicklung von passgenauen Produkten und Dienstleistungen von hoher Qualität für die Mitglieder und die gesamte Parteiorganisation zum Ziel hat. Dafür will ich die Bedarfsermittlung der für die Parteiarbeit notwendigen Produkte und Dienstleistungen auf der einen und die Entwicklung entsprechender Produkte und Dienstleistungen im SPD-Unternehmensbereich auf der anderen Seite voranzubringen.

Auf dieser Grundlage wird eine verlässliche und bedarfsgerechte Abnahme von Produkten und Dienstleistungen des eigenen Unternehmensbereichs durch die Parteigliederungen möglich, die aber auch von der Partei auf allen Ebenen unterstützt werden muss, indem die Gliederungen verstärkt und verlässlich die Produkte und Dienstleistungen „aus der Familie“ nutzen.

2. Handeln statt hadern! Jetzt die notwendigen Beschlüsse für ein Gelingen der Neuaufstellung fassen

Angesichts der lange drohenden Rückzahlungsverpflichtungen in Millionenhöhe aus der Staatlichen Teilfinanzierung konnte die finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD nur auf Kosten der Verschiebung überfälliger Investitionen, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Mitgliederdatenbank und Kampagne-Tools sichergestellt werden.

Deshalb ist es unerlässlich, die jetzt noch vorhandenen finanziellen Spielräume für die Finanzierung dringender Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Digitalisierung der politischen Arbeit, IT-Sicherheit und für digitale Partizipations- und Kommunikationstools zu nutzen.

Von entscheidender Bedeutung wird in diesem Zusammenhang die zügige Bereitstellung der benötigten Finanzmittel für die Modernisierung, bzw. Neuentwicklung der Mitgliederdatenbank als Kernstück unserer künftigen Kampagnenfähigkeit sein.

Die Investitionen in die Digitalisierung der Partei sind nicht nur aus Gründen der politischen Handlungs- und Kampagnenfähigkeit dringend erforderlich. Sie sind auch eine Vorgabe des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) vom 24.01.2023. Denn das BVerfG sieht die Begründbarkeit einer Anhebung der absoluten Obergrenze genau in diesen Investitionsnotwendigkeiten und nicht wegen sinkender Einnahmen oder Preissteigerungen.

Nachdem ich nicht mehr für den Bundestag kandidiert habe, stelle ich mich nunmehr ganz bewusst wieder als Schatzmeister zur Wahl, weil ich mich in den kommenden Jahren mit voller Kraft auf die Arbeit zur organisationspolitischen Neuaufstellung der SPD konzentrieren möchte. Ich will dazu beitragen, die SPD wieder zur schlagkräftigsten Mitgliederpartei mit der modernsten Parteiorganisation zu machen.

In diesem Sinne hat mich der Parteivorstand mit seinem Beschluss vom 3. März 2025 damit beauftragt, federführend die organisationspolitische Neuaufstellung der SPD voranzubringen.

Dazu habe ich eine Arbeitsgruppe einberufen, welche bereits am 12. Mai 2025 in einem ersten Zwischenbe-

richt dem Parteivorstand wichtige Handlungsempfehlungen vorgelegt hat. Für ihre Mitarbeit in der Arbeitsgruppe möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen Jessica Wischmeier (BGFin), Sascha Binder, (GS LV Baden-Württemberg), Yvonne Hartig (AL Personal u. Finanzen LV NRW), Jens Kabisch (Schatzmeister LV Sachsen), Christoph Matteredne (BezGf Hannover), Roland Pahl (ehem. LGf Bremen), Georg Rase (Schatzmeister LV Saarland), Daniel Stich (Schatzmeister LV Rheinland-Pfalz), Steffen Wehner (LGf Mecklenburg-Vorpommern) und Katrin Wiesen (LGfin Saarland) ganz herzlich bedanken.

Erfreulicherweise musste die Arbeitsgruppe das Rad nicht neu erfinden. Denn wir konnten auf den Leitantrag O1 aufbauen und werden nach diesem Bundesparteitag mit den Landesverbänden und Bezirken konsequent mit Zielvereinbarungen Schritt für Schritt die bereits vorliegende Rahmenvereinbarung umsetzen. Ebenso konnte die Arbeitsgruppe auf umfangreiche Vorarbeiten der Schatzmeister- und Kassierer- Konferenz zurückgreifen.

Die angestrebten Veränderungsprozesse mit der Entwicklung neuer gemeinsamer Standards, moderner Tools, agiler Arbeitsprozesse und neuer gemeinsamer Finanzierungsinstrumente für eine moderne Parteiorganisation bedeuten letztlich einen umfassenden Reorganisationsprozess, wie es ihn in der SPD seit vielen Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat.

Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke haben eine gemeinsame Verantwortung!

Eine funktionierende Parteiorganisation ist für das politische Comeback der SPD essenziell. Denn wie konsequent und wie zügig wir die SPD organisationspolitisch neu aufstellen, wird am Ende mit darüber entscheiden, ob und wie wir zukünftige Wahlen wieder gewinnen werden.

Als Mitgliederpartei konnten wir immer auf das Engagement und die Kompetenzen unserer Mitglieder setzen, wenn es darum ging, politische Kampagnen erfolgreich

voranzubringen. Dies soll auch in Zukunft so sein und deshalb halten wir an dem auf dem vergangenen Bundesparteitag formulierten Ziel fest, die SPD zur modernsten Mitgliederpartei Deutschlands weiterzuentwickeln.

Partei Vorstand, Landesverbände und Bezirke haben im Jahr 2024 den notwendigen gemeinsamen Prozess zur Umsetzung der organisationspolitischen Vorgaben des Leitantrages O1 begonnen, der wegen der vorgezogenen Bundestagswahl eine kurze Unterbrechung erfahren hatte und jetzt weitergeführt werden soll.

Damit dieser Prozess erfolgreich zu Ende geführt werden kann, müssen jetzt die erforderlichen Mittel für die notwendige Professionalisierung und Digitalisierung der Parteiorganisation in den Bereichen Mitglieder- und Finanzverwaltung, Kampagnenfähigkeit sowie strategischer Kommunikation mobilisiert werden, welche für die erfolgreichen Wahlkämpfe und die politische Arbeit in der Zukunft unabdingbar sind.

Wir brauchen jetzt eine solidarische Grundfinanzierung der wichtigsten gemeinsamen organisationspolitischen Aufgaben

Keiner der 22 Bezirke und Landesverbände und auch nicht der Partei Vorstand werden in der Lage sein, die geschilderten Herausforderungen personell, logistisch und finanziell jeweils allein zu stemmen. Deshalb habe ich als Schatzmeister (nach Beratung und Zustimmung der Konferenz der Schatzmeister*innen und Kassierer*innen) dem Partei Vorstand einen Antrag an den Bundesparteitag vorgelegt, welcher konkrete Vorschläge zur Sicherstellung einer Grundfinanzierung der gemeinsamen organisationspolitischen Aufgaben von Bezirken, Landesverbänden und dem Partei Vorstand enthält.

Der Antrag besteht aus den folgenden Kernpunkten:

- Mit einer einmaligen maßvollen Erhöhung der Mitgliedsbeiträge schaffen wir die finanzielle Basis für eine Grundfinanzierung der vor uns liegenden Aufgaben.
- Mit der Weiterentwicklung des seit Jahrzehnten in der SPD praktizierten Finanzinstrument des Vorwegabzugs stellen wir sicher, dass zweckgebunden jedes Jahr entsprechende Mittel für die großen organisationspolitischen Aufgaben zur Verfügung stehen.
- Darüber hinaus legt der Antrag konkrete Arbeitsschritte fest, welche die finanzpolitischen Instrumente und Entscheidungsprozesse beschreiben, welche der Partei Vorstand und die LV/BZ gemeinsam auf den Weg bringen müssen, um eine nachhaltige Grundfinanzierung einer modernen Parteiorganisation zu ermöglichen.

Dieser Antrag mit dem Titel „Handeln statt hadern!“ liegt nun dem Parteitag zur Beschlussfassung vor. Er ist der letzte notwendige Schlussstein, um die organisationspolitischen Reformen und die Investitionen in eine moderne Parteiorganisation auch finanziell stemmen zu können.

Es liegt nun in der Hand des Parteitages durch die Zustimmung zu diesem Antrag endgültig die Weichen für eine erfolgreiche organisationspolitische Neuaufstellung der SPD zu stellen.

Dietmar Nietan
Schatzmeister der SPD

3. Anhang

Anhang 1:

Grafik Beiträge 2023

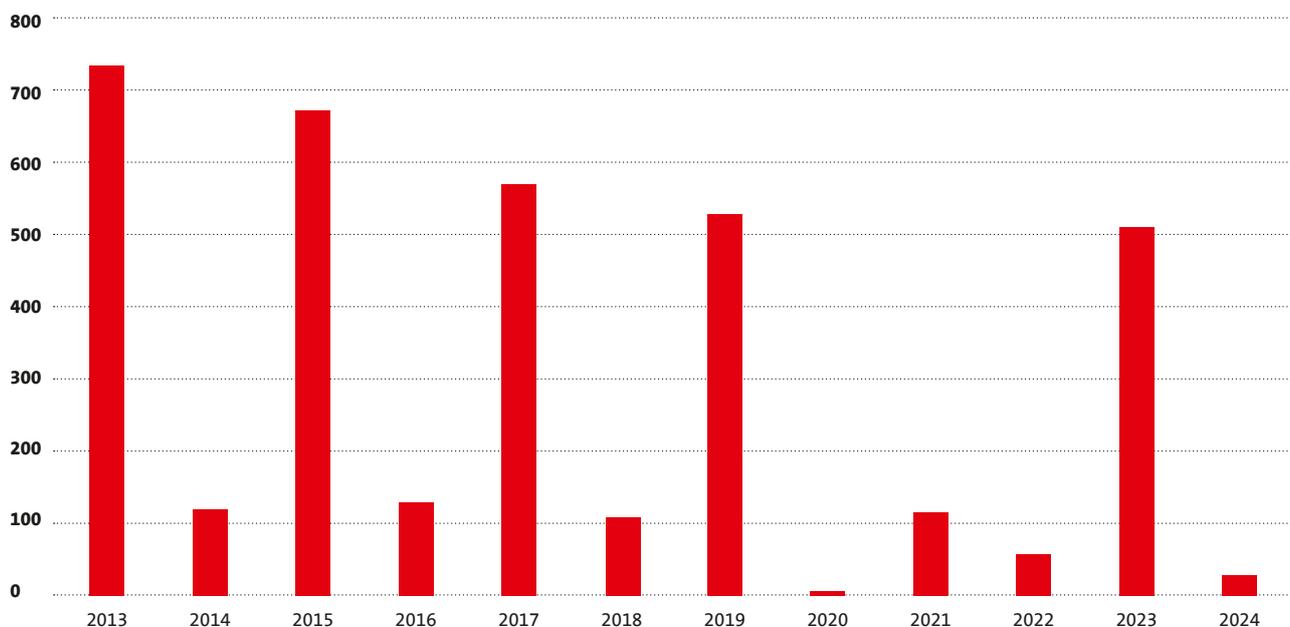


Anhang 2:
Spendeneinnahmen Parteivorstand 1998–2023

Jahr	Natürliche Personen	Juristische Personen	Summe DM	Summe €
1998	3.124.324	1.969.422	5.093.746	2.604.391
1999	574.456	431.000	1.005.456	514.081
2000	1.421.633	429.886	1.851.519	946.667
2001	989.847	1.148.018	2.137.865	1.093.073
2002	1.303.626	1.119.121		2.422.747
2003	412.133	500.400		912.533
2004	575.186	555.303		1.130.489
2005	815.636	1.222.948		2.038.584
2006	344.325	555.274		899.599
2007	265.313	456.902		722.215
2008	292.681	886.146		1.178.827
2009	1.107.087	978.858		2.085.945
2010	262.504	574.764		837.268
2011	382.039	563.985		946.024
2012	335.047	476.445		811.492
2013	616.757	565.292		1.182.049
2014	320.813	410.242		731.055
2015	124.783	334.089		458.872
2016	413.893	301.281		715.174
2017	1.040.348	401.001		1.441.349
2018	466.233	291.571		757.804
2019	965.440	195.700		1.161.140
2020	149.336	117.500		266.836
2021	1.998.580	451.592		2.450.172
2022	219.556	166.000		385.556
2023	625.000	250.000		875.000

Anhang 3:

Einnahmen des Parteivorstandes aus Sponsoring und Vermietung von Standflächen in TEuro (netto)



Anhang 4:

Parteiinterner Finanzausgleich 2023

Endgültig beim jeweiligen Verband verbleibender Betrag

Gliederung	2023
Parteivorstand	35.723.370,37 €
LV Schleswig Holstein	676.752,74 €
LV Mecklenburg-Vorpommern	292.665,46 €
LO Hamburg	437.678,08 €
LO Bremen	181.998,60 €
LV Niedersachsen	640.013,76 €
BZ Nord-Niedersachsen	205.226,46 €
BZ Weser-Ems	367.540,73 €
BZ Hannover	700.639,37 €
BZ Braunschweig	246.182,61 €
LV Sachsen-Anhalt	238.699,15 €
LV Brandenburg	435.156,05 €
LV Berlin	701.474,78 €
LV Nordrhein-Westfalen	3.933.582,20 €
LV Hessen	264.110,66 €
BZ Hessen-Nord	374.138,32 €
BZ Hessen-Süd	838.596,66 €
LV Thüringen	229.411,43 €
LV Sachsen	313.463,32 €
LV Saar	377.023,86 €
LV Rheinland-Pfalz	1.114.537,89 €
LV Baden-Württemberg	1.411.373,36 €
LV Bayern	1.605.118,07 €
Summe	51.308.753,93 €

FINANZBERICHT DES SCHATZMEISTERS

Bundesparteitag Berlin, 27. bis 29. Juni 2025

Anhang 5:

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2023

	SPD		CDU		CSU	
	EUR		EUR		EUR	
Einnahmen						
Mitgliedsbeiträge	54.525.134,44	34,09	36.405.599,34	26,70	10.529.733,07	29,53
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	26.787.539,26	16,75	22.323.445,17	16,37	3.760.460,82	10,55
Spenden von nat. Pers.	7.429.801,74	4,65	14.008.708,90	10,27	3.171.066,33	8,89
Spenden von jur. Pers.	1.805.152,46	1,13	7.339.887,57	5,38	1.517.641,73	4,26
Einn. aus Unternehmenstätigkeit u. Beteiligungen	5.004.004,75	3,13	0,00	0,00	0,00	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	7.893.082,16	4,94	1.952.077,46	1,43	1.304.815,16	3,66
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	7.690.035,16	4,81	8.897.484,91	6,52	3.271.196,91	9,17
Staatliche Mittel	47.752.553,17	29,86	44.456.043,70	32,60	11.681.109,56	32,76
Sonstige Einnahmen	1.051.371,96	0,66	978.282,39	0,72	419.182,09	1,18
Gesamt	159.938.675,10	100,00	136.361.529,44	100,00	35.655.205,67	100,00
Ausgaben						
Personalausgaben	49.889.777,45	30,39	47.848.476,18	30,31	11.854.371,25	29,58
Lauf. Geschäftsbetrieb	30.178.312,42	18,38	27.162.414,12	17,20	7.192.304,70	17,95
Allg. politische Arbeit	24.360.886,70	14,84	27.153.087,68	17,20	11.680.550,29	29,15
Wahlkämpfe	22.146.459,20	13,49	26.360.157,11	16,70	872.778,23	2,18
Vermögensverw. einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	8.995.188,47	5,48	1.093.908,36	0,69	307.522,76	0,77
sonstige Zinsen	81.878,96	0,05	191.616,12	0,12	447.500,04	1,12
Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige Ausgaben	28.495.400,18	17,36	28.068.760,68	17,78	7.715.976,63	19,26
Gesamt	164.147.903,38	100,00	157.878.420,25	100,00	40.071.003,90	100,00
Überschuss/Defizit	-4.209.228,28		-21.516.890,81		-4.415.798,23	
Reinvermögen	263.609.551,37		232.491.347,61		39.038.358,61	

CDU/CSU		Grüne		Die Linke		FDP		AfD	
EUR		EUR		EUR		EUR		EUR	
46.935.332,41	27,29	24.820.809,38	29,62	10.434.337,26	35,29	11.779.400,34	30,20	3.836.838,00	16,55
26.083.905,99	15,16	19.989.580,34	23,85	5.082.467,03	17,19	3.943.720,19	10,11	2.442.935,66	10,54
17.179.775,23	9,99	4.837.530,94	5,77	2.108.832,22	7,13	3.793.539,44	9,73	3.866.320,68	16,68
8.857.529,30	5,15	697.190,52	0,83	9.275,00	0,03	1.678.265,19	4,30	104.240,96	0,45
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.404.995,35	3,60	14.183,25	0,06
3.256.892,62	1,89	120.126,27	0,14	45.110,91	0,15	323.982,51	0,83	368.978,75	1,59
12.168.681,82	7,07	893.943,53	1,07	111.442,84	0,38	1.295.398,30	3,32	52.005,28	0,22
56.137.153,26	32,63	29.689.661,41	35,43	10.701.668,21	36,19	14.421.999,37	36,98	10.409.358,66	44,90
1.397.464,48	0,81	2.754.824,80	3,29	1.075.092,94	3,64	359.734,22	0,92	2.090.474,23	9,02
172.016.735,11	100,00	83.803.667,19	100,00	29.568.226,41	100,00	39.001.034,91	100,00	23.185.335,47	100,00
59.702.847,43	29,12	28.212.238,09	44,33	11.799.501,26	35,68	6.417.879,07	18,54	5.013.273,78	21,75
34.354.718,82	15,53	13.000.045,43	20,43	5.729.205,38	14,66	9.769.306,93	28,21	6.382.165,55	27,69
38.833.637,97	14,60	12.057.931,08	18,94	6.724.507,88	14,21	8.563.266,66	24,73	5.693.239,14	24,70
27.232.935,34	39,34	9.896.541,35	15,55	3.111.839,38	35,00	8.998.207,86	25,99	3.854.120,90	16,72
1.401.431,12	0,52	59.750,18	0,09	3.266,74	0,03	513.413,61	1,48	1.886.560,81	8,18
639.116,16	0,37	2.197,26	0,00	37.840,27	0,14	265.738,55	0,77	10.708,05	0,05
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35.784.737,31	0,52	418.760,14	0,66	7.219.989,53	0,28	96.954,54	0,28	210.996,72	0,92
197.949.424,15	100,00	63.647.463,53	100,00	34.626.150,44	100,00	34.624.767,22	100,00	23.051.064,95	100,00
-25.932.689,04		20.156.203,66		-5.057.924,03		4.376.267,69		134.270,52	
271.529.706,22		87.080.789,07		36.431.301,16		27.829.284,30		23.510.519,80	

Anhang 6:

Der Immobilienbereich: Bericht der Konzentration GmbH und der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH

Der Grundbesitz der Partei befindet sich in der Verwaltung durch die Konzentration GmbH und die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (VBB – Willy-Brandt-Haus), sowie einiger regionaler Grundstücksgesellschaften. Dabei fungieren die Gesellschaften treuhänderisch für den Parteivorstand der SPD, der wirtschaftlicher Eigentümer der Immobilien ist.

Grundbesitz ist für die SPD nicht nur eine historische Konstante, die bis in das deutsche Kaiserreich zurückreicht, er war und ist zugleich ein stabilisierender Faktor für die Parteiarbeit vor Ort und hat dementsprechend auch eine organisationspolitische Dimension.

Zudem erfüllt die Konzentration GmbH seit 2015 neben ihrer Kernaufgabe, der Partei und ihren MandatsträgerInnen preisgünstige Arbeitsräume zu bieten eine weitere Funktion im Rahmen der Vermögensverwaltung der Partei und erwirbt Renditeliegenschaften mit dem Ziel, Ausschüttungen an die SPD zu leisten.

Beide Funktionen werden dabei strikt getrennt: Während im Bereich der Serviceleistungen an die Partei das Prinzip der Kostendeckung der einzelnen Häuser gilt, agiert die Konzentration im Renditebereich als Marktteilnehmerin am allgemeinen Immobilienmarkt mit dem Ziel, Geld zu verdienen. Sie befolgt dabei jedoch die sozialdemokratischen Grundsätze, die für den gesamten Unternehmensbereich der SPD gelten, das heißt konkret: Wir sind an fairen, langfristigen Mietverhältnissen interessiert, kommunizieren offen und lösungsorientiert mit unseren Mieterinnen und Mietern bei Problemen, zahlen unsere (Handwerker-)rechnungen schnell, denken sehr langfristig, ohne kurzfristig jeden Cent aus einer Liegenschaft zu pressen. Wir kaufen und bauen, um das jeweilige Objekt nach Möglichkeit „für immer“ zu behalten. Wir spekulieren nicht und filetieren nicht. Verkäufe finden nur in seltenen Einzelfällen statt, insbesondere wenn lokale Parteigliederungen das wünschen.

Die Immobilienmärkte befinden sich im Grunde seit 2021 im „Krisenmodus“; zunächst aufgrund der Corona-Pandemie,

die vielen Mieterinnen und Mietern, vor allem aber vielen Gewerbetreibenden zusetzte, gefolgt von einer inflationären Welle, der Unterbrechung von Lieferketten, die sowohl beim Bau wie auch bei anderen Gewerben Kostenschocks verursachte. Danach folgten die ersten sehr raschen Zinserhöhungen, die die Bewertungen von Immobilien drastisch reduzierten und zu einem Austrocknen des Transaktionsmarkts führten. Einzelne Projektentwickler, Baudienstleister und auch Bestandshalter mussten Insolvenz anmelden.

Der Immobilienbesitz der Partei wurde von diesen Schwierigkeiten ebenfalls betroffen, größere unternehmerische Probleme ergaben sich jedoch nicht. Der Grund dafür waren der vorsichtige Einsatz von Fremdkapital in den vergangenen Jahren und starke Cashflows aus den vorhandenen (teilweise ausfinanzierten) Bestands-Immobilien.

So konnte der Bilanzwert des Immobilienvermögens der Partei in dieser „Krisenphase“ von 113,5 Mio. Euro (2020) auf 125,2 Mio. Euro (2023) gesteigert werden. Die gemäß Parteiengesetz vorzunehmende Bewertung des Haus- und Grundbesitzes nach dem Bewertungsgesetz (BewG) ergab zum 31.12.2023 einen Gesamtwert i.H.v. 106,3 Mio. Euro. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Flächen der Partei in der Regel nur mit reduzierten unterhalb des Marktniveaus liegenden Mieten eingehen und regelmäßig zu einer Verminderung des Ertragswerts gem. BewG führen.

Testierte Zahlen für das Jahr 2024 werden erst nach dem ordentlichen Parteitag vorliegen; wir gehen jedoch von einem weiter steigenden Bruttowert und einem insgesamt stabilen Geschäftsverlauf aus.

In wirtschaftlicher Hinsicht lässt sich festhalten, dass sowohl die Konzentration GmbH und die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH als Obergesellschaften des Immobilienbereichs wie auch das anvertraute Immobilienvermögen der Partei „auf Kurs“ sind und wachsende finanzielle Spielräume genutzt werden können, um Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an den Parteihäusern vorzunehmen. Zugleich wird der Immobilienbesitz in den kommenden Jahren Zug um Zug ausgebaut werden. So werden aktuell

ein größeres Umbau- und Sanierungsprojekt in Regensburg und ein Neubauprojekt in Straußberg (bei Berlin) realisiert.

Die Konzentration GmbH ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen, erledigt ihre Aufgaben jedoch nach wie vor mit einer „schlanken“ Personalausstattung, konkret: Die Zahl der Vollzeit-MitarbeiterInnen hat sich nicht erhöht. Um auch in Zukunft effizient arbeiten zu können, waren daher Änderungen an den bestehenden Arbeitsabläufen hin zu einer größeren Standardisierung und Digitalisierung erforderlich. Die Notwendigkeit und die Vorteile einer weitgehenden Digitalisierung wurden bereits im letzten Finanzbericht thematisiert.

Dieses Projekt konnten wir im Jahr 2024 mit der Verlagerung sämtlicher Geschäftsprozesse in die Cloud und der Einführung eines software gestützten CRM-Systems (CRM=Customer-Relationship-Management), das bisherige EDV-„Inselösungen“ ablöst und eine einheitliche und transparente Plattform für Kommunikation, Dokumentenmanagement, digitalem Archiv und digitaler Buchhaltung bietet, realisieren. Es bietet damit die organisatorische Basis für weiteres Wachstum in den nächsten Jahren und hat die Attraktivität der Konzentration GmbH als Arbeitgeberin erhöht: Variable Arbeitszeitmodelle, Homeoffice und mobiles Arbeiten werden möglich ohne Aktenbestände verlagern zu müssen.

Das Willy-Brandt-Haus hat uns in den vergangenen zwei Jahren ebenfalls umfassend beschäftigt: Im 29. Jahr seines Bestehens befindet sich das Haus zwar in einem baulich wie technisch guten Zustand, das Zellen-Konzept

der Bürobereiche entspricht allerdings nicht mehr den Anforderungen an ein modernes, kommunikatives und mobiles Arbeiten. Hier wurden in Kooperation mit dem Parteivorstand verschiedene Konzepte entwickelt, die ein Aufbrechen der baulichen Zellenstruktur ermöglichen. Die Realisation wird ein wichtiges Thema in den kommenden Jahren sein.

Die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH selbst hat kein Gewinninteresse, sondern verwaltet das Willy-Brandt-Haus lediglich kostendeckend für den Parteivorstand und erbringt in diesem Zusammenhang weitere Dienstleistungen für den PV (z.B. Poststelle, Handy-Management usw.). In wirtschaftlicher Hinsicht konnte die VBB jedoch den Großteil der noch verbliebenen Bankverbindlichkeiten aus der Bauphase erfolgreich umschulden. Insgesamt wurden 14 Mio. Euro in Form eines Annuitätendarlehens mit 10-jähriger Zinsbindung umgeschuldet.

Auch wenn ein möglicher Umbau des WBH in den kommenden Jahren zumindest vorübergehend zusätzliche finanzielle Belastungen mit sich bringt, bleibt das mittelfristige Ziel bestehen, die Kreditverbindlichkeiten des „Treuhandvermögens Willy-Brandt-Haus“ bis zum 31.12.2031 auf unter 10 Mio. Euro zurückzuführen. Damit soll gewährleistet werden, dass das Gebäude im Falle einer echten finanziellen Notlage der Partei als Sicherungsgut für ggf. erforderliche Darlehen („eiserne Reserve“) nutzen zu können.

Anhang 7:

Bericht der ddvg (Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH)

I. Rückblick auf die Jahre 2023 und 2024

Der Berichtszeitraum 2023 und 2024 blieb von der ökonomischen Krise gekennzeichnet, die durch den russischen Angriffskrieg in Europa 2022 ausgelöst worden ist.

Hierdurch sind die Erträge aus dem Kernportfolio (Regionalverlage) erheblich unter Druck geraten – zusätzlich zu den Auswirkungen der bereits seit Jahrzehnten andauernden Medienstrukturkrise. Rezessionsbedingt haben sich die Werbeerlöse der Regionalverlage insbesondere im Stellenmarkt deutlich rückläufig entwickelt. Zusätzlich sanken auch die Vertriebs Erlöse trotz Preissteigerungen im Printbereich kontinuierlich. Dies ist nicht nur Folge der Altersstruktur der Abonentinnen und Abonenten, sondern auch die gestiegenen Lebenshaltungskosten drängen Haushalte zur Kündigung ihrer Zeitungsabonnements.

Zugleich wachsen die Kosten für die Zustellung der Printabonnements trotz sinkender Printauflagen spürbar. Das Ausbleiben der im Koalitionsvertrag von 2021 vorgesehenen Förderung für die Verlage hat die Situation weiter verschärft.

Gegenläufig haben sich lediglich die Papierpreise nach dem Preisschock von 2022 wieder auf ein halbwegs gesundes Maß eingependelt. Allerdings schließt die Papierindustrie nur noch kurzfristige Verträge, was die Planungssicherheit der Verlage beeinträchtigt.

Ein Lichtblick in dieser von Trübheit geprägten wirtschaftlichen Situation erste Transformationserfolge, die mit digitalen Produktportfolios der Verlage erzielt werden. Es eröffnen sich jetzt Entwicklungspfade, die zügig erweitert werden müssen.

Allein die Madsack Mediengruppe (MMG) verfügte Ende 2024 über 295 Tsd. digitale Abos – davon 290 Tsd. bezahlte Aboverhältnisse (2023: 228 Tsd. bzw. 222 Tsd. bezahlte Abos).

Der einzige Regionalverlag mit Mehrheitsbeteiligungen der ddvg, die Neue Westfälische (NW) zählte Ende 2024 47 Tsd. digitale Abos (2023: 41 Tsd.).

Durch die Kombination von digitalem Wachstum und einem strikten Kostenmanagement haben die Regionalverlage, an denen die ddvg beteiligt ist, die vergangenen Jahre bemerkenswert robust bewältigt.

Eine wesentliche Veränderung im Portfolio der ddvg war die Einbringung der Dresdner DDV-Mediengruppe (Sächsische Zeitung) in die MMG im Jahr 2024. Im Zuge der Veränderungen beim ehemaligen Dresdner Mehrheitsgesellschafter (Gruner + Jahr bzw. Bertelsmann) war absehbar, dass auch in Dresden Veränderungen auf der Gesellschafterseite anstanden. In einem gemeinsamen Prozess wurde schließlich eine Lösung gefunden, die

- der DDV-Mediengruppe eine gute neue Perspektive bietet,
- die Grundlagen für eine gesteigerte redaktionelle Qualität von Leipziger Volkszeitung und Sächsischer Zeitung legt,
- zur Konsolidierungsstrategie der MMG hervorragend passt
- und die ddvg als mittelbare Gesellschafterin an der im Zuge der Integration gesteigerten Ertragskraft beider Verlagsgruppen teilnehmen lässt.

Das Zusammenführen von DDV in die MMG ist in beeindruckender Geschwindigkeit verlaufen. Die Härten für die von Stellenabbau betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden durch einen respektablen Sozialplan abgemildert. Die MMG, deren größte Einzelgesellschafterin die ddvg ist, hat mit diesem Schritt ihre Rolle als aktivster Konsolidierer im deutschen Regionalmedienmarkt eindrucksvoll bestätigt.

Die über die Zwischenholding Green Lifestyle Group (GLG) gehaltenen Beteiligungen im Nachhaltigkeitssegment konnten sich in der Konjunkturkrise unterschiedlich gut behaupten. ÖKO-Test befindet sich stabil auf (digitalem) Wachstumskurs und konnte nicht zuletzt aufgrund des steigenden E-Paper-Anteils gegenüber dem vorherigen Berichtszeitraum den Abobestand weiter ausbauen.

Bei Utopia hingegen zeigt sich die starke ökonomische Abkühlung deutlich in rückläufigen Werbeumsätzen. Mit der Gründung der Beratungsgesellschaft SAIM in 2024 hat Utopia ein neues Geschäftsfeld eröffnet, das sich erfreulich entwickelt.

2024 wurde für Avocadostore ein strategischer Investor (TPG The Platform Group) gewonnen, der die Mehrheit der Anteile übernommen hat. Mit einer Reihe von Maßnahmen ist es gelungen, das Unternehmen wieder Richtung Profitabilität zu entwickeln, obwohl auch hier die rezessionsbedingte Kaufzurückhaltung zu spüren war.

Das Leistungsangebot der Servicegesellschaften wurde in den vergangenen Jahren entsprechend dem organisationspolitischen Beschluss O1 von 2023 weiter ausgebaut.

Unter dem Dach der Office Consult ist die IT-Operationszentrale gebildet worden, die in enger Abstimmung mit der AGDS und dem Parteivorstand die IT für die gesamte Partei entwickelt und betreut. Zudem hat die Office Consult für weitere Landesverbände die Buchhaltung übernommen und diesen damit eine stärkere Konzentration auf politische Fragen ermöglicht.

Die Agentur ASK bleibt eine kompetente Unterstützung für die Partei von der lokalen Ebene bis zum Parteivorstand in Fragen von Kommunikation, Events und Kampagnen.

Ebenso sind IMAGE und der SPD-Shop unverzichtbare Partner für die Entwicklung von – und Versorgung mit – Werbemitteln und allem, was man darüber hinaus vor Ort noch braucht.

Mit stabilen Ergebnissen (2022: 3,5 Mio. Euro; 2023: 2,9 Mio. Euro) hat sich die ddivg in schwierigen Zeiten gut behauptet und konnte mit ihren Gewinnausschüttungen einen Beitrag insbesondere für die Finanzierung der Parteizentrale leisten.

II. Ausblick, Perspektiven, Herausforderungen für die weitere Arbeit ab 2025 – Unternehmensbereich

Entwicklungen in den Beteiligungsunternehmen der ddivg

Es ist absehbar, dass in naher Zukunft keine täglichen gedruckten Zeitungen mehr erscheinen werden. Bei funktionierenden digitalen Produkten entfallen dann die großen Kostenblöcke des Drucks und der Zustellung, die heute mehr als die Hälfte der Kosten eines idealtypischen Regionalverlags ausmachen. Dennoch bleibt es eine große Herausforderung, ausreichend digitalen Umsatz zu erzielen, um als rein digitales regionales Medienunternehmen wirtschaftlich arbeiten zu können.

Entsprechend ihrem strategischen Ansatz werden die Beteiligungen des Kernportfolios der ddivg dabei unterstützt, die jeweils eigene digitale Transformation voranzutreiben. Notwendige Voraussetzung dafür ist ein ausreichender Investitionsspielraum der betreffenden Unternehmen, der angesichts der weiterhin parallel zu finanzierenden Kosten des Printprodukts nicht ohne Weiteres zu erreichen ist. Die ddivg tritt als strategische und langfristige Anteilseignerin dafür ein, diesen Spielraum zu schaffen, auch wenn sich dies auf die aktuelle Ergebnissituation der ddivg auswirkt.

Die Verlage werden auch darin bestärkt, zukunftsichernde Kooperationen mit anderen Häusern einzugehen, um über gemeinsame Lösungen die Transformation mit dem notwendigen Aufwand und unter Bündelung der vorhandenen Kompetenzen angehen zu können.

Ziel ist es, aus den Verlagen funktionierende digitale Geschäftsmodelle rund um einen unabhängigen meinungsbildenden lokalen und regionalen Journalismus zu entwickeln. Dies ist nicht nur eine wirtschaftliche Zielsetzung, sondern ist auch unverzichtbar, um demokratische Teilhabe auf der kommunalen Ebene auch in Zukunft zu gewährleisten. Die kommenden Jahre werden hierfür entscheidend sein.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Tel. 030 / 2 59 91-0

Verantwortlich: Dietmar Nietan
Erschienen: Juni 2025

SPD.DE